Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich: vierteljährl. ℳ 6. Man abonnirt ferner mit entsprechendem Postaufschlag bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden und Norwegen, Rußland, den Donaustaaten, der Europäischen Türkei, Egypten. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur unter Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um 1/2 7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. O. Klemm's Sortim.
Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 561. **Sonntag** den 3. November 1901. **95. Jahrgang.**

Aus der Woche.

Daß der robuste Gallier — es ist Verleumdung, wenn man ihn einen Neurastheniker nennt — in dräuender Absicht auf den „kranken Mann" losdampft, ist schon lange nicht erlebt worden. Seit dem letzten Male hat sich — Manches geändert, und wenn auch nicht zu bezweifeln ist, daß man in Petersburg Sewastopol vergessen oder noch verziehen hat — die internationalen Machtverhältnisse sind andere als während der Zeit, da Frankreich in Egypten und anderwärts dem Sultan unangenehm wurde. Man kann es verstehen, wenn ernsthafte französische Blätter, obwohl auch sie chauvinistisch sind, dem Wunsch nicht unterdrücken, der anno Gladstone unaussprechliche, seitdem aber wieder oft ausgesprochene und noch lange auszusprechende Türke möge nachgeben, bevor Frankreich sich in eines jener Unternehmen einläßt, die man Flottendemonstrationen nennt und bei denen ein respectables Aufhören allemal das Schwierigste ist. Wenn diesmal die französische Regierung im Orient weiter geht, — als sie will, wird sie freilich nicht auf den herkömmlichen offenen Widerstand Englands stoßen und Frankreich wird dann, wie Amerika in der Nicaro-Gelegenheit und Rußland in der Mandschurei eine Frucht von der englischen „Abhaltung" in Südafrika gepflückt haben. Aber „zu holen", auch nur an Prestige zu holen, dürfte in den türkischen Gewässern jetzt kaum etwas sein, da Rußland kaum Lust haben wird, dem Verbündeten mehr als einen „ehrenvollen" Abzug zu sichern, wenn er überhaupt anzieht. Der Zar will offenbar keine Verwicklungen; hat er doch Griechenland und seinem persönlichen Freunde Prinz Georg abgewinkt, als dieser die Zeit gekommen glaubte, endgültig die Hand auf Kreta zu legen. Vom menschlichen Standpuncte, der doch vor allem Standpunct der Bosheit ist, wäre es hübsch gewesen, wenn sogar der armselige Zwerg „Hellas" von dem Ungemache des britischen Reiches profitirt hätte.

Politisch ist es aber so wohl besser. Deutschland wenigstens denkt nicht daran, die britische Verlegenheit zu mehren. In der englischen Presse liest man es freilich anders. Dort wird gerade neuerdings ein inniges russisch-englisches Einvernehmen gegen das deutsche Reich gepredigt, das der Todfeind Englands sei. Der „Aviscpect" lehrt das — vergl. die zahllosen deutsch-officiellen Liebenswürdigkeiten, der sich Großbritannien gerade in den letzten Jahren zu erfreuen gehabt hat — durchaus nicht, und wenn eine transcanalische „angesehene" Wochenschrift die deutsche Flottenpolitik, d. h. die Behebung der deutschen maritimen Ohnmacht, als gegen Englands Stellung zur See gerichtet bezeichnet, so spricht wohl mehr das böse Gewissen, das sich der zahllosen Versündigungen Englands gegen Deutschland bewußt ist und die Nemesis fürchtet, als die geschichtliche, nüchterne und realpolitische Betrachtung. Wenn Deutschland in seinem Kriegswesen das vollendet haben wird, was jetzt im Werke ist, so wird es höchstwahrscheinlich ebensowenig die erste Stelle nach England einnehmen, wie dies heute der Fall ist. Wie dem aber auch sei: wenn ein Staat seine kriegerischen Machtmittel vermehrt, so hat das keineswegs zu bedeuten, daß die Maßnahmen sich gerade gegen den bisher stärksten Staat richten, wie das England zur See ist. Die deutschen militärischen Vorkehrungen sind überhaupt nur defensiver Natur; will man das in England nicht glauben, so sollte man sich doch an das ruhige und selbstbewußte Verhalten erinnern, das Rußland beobachtete, als zu Beginn der sechziger Jahre Preußen zur Reorganisation des Landheeres schritt. Damals war Rußland die stärkste Landmacht, aber weder sein Kaiser noch seine Presse regten sich über König Wilhelm's und Roon's Pläne auf. Warum thut es England in — was Erstarkung der deutschen Wehrfähigkeit anlangt — nicht einmal recht vergleichbarem Falle, zumal wenn es Rußland zur Seite zu haben hofft? Damit wird es allerdings gute Wege haben. Zwar weben zarte Hände eifrig daran und wer glaubte, daß mit einem natürlichen Ereigniß, das sich vor einigen Jahren in Kopenhagen vollzog, ein Umschwung eintreten würde, der hat sich geirrt. Aber die Sachen stoßen sich in dem Raume Centralasiens, so weit er ist, zu hart, als daß die Gewanke, die in Windsor, Kopenhagen und Darmstadt eingeflößt werden resp. wurden, dagegen ankommen könnten.

Das kaum mehr erwartete „Dementi", das „angebliche kaiserliche Auslassungen über wirthschaftliche Fragen" als „erlogen" bezeichnet, ist eingetroffen und wir haben uns trotz seiner fragwürdigen Form und Fassung mit ihm abgefunden. Ihm voraus ging eine von uns bisher nicht berührte Erörterung der Frage, ob die Presse — moralisch — berechtigt sei, kaiserliche Aussprüche von der Art, wie die jetzt in dem Bereich des „Erlogenen" verwiesenen, wiederzugeben und Bemerkungen daran zu knüpfen. Die Frage wurde theilweise verneint, was einen Herrn aus der Rhein- und Weinpfalz, der lange in amerikanischen Städten gelebt hat, dabei aber weder Temperenzler noch Sensationsfreund geworden ist, zu dem Ausspruche veranlaßte, er fühle sich durch die deutsche Preßprüderie an seine überseeischen Trinkererfahrungen erinnert. „Drüben" bekomme man am Sonntag in jeder befreundeten deutschen Familie, ohne genirt zu sein, ein Glas Wein oder Bier, nur nicht in den Weinhäusern, die man allwerktäglich frequentire und die doch die „Nächsten dazu" wären, den Durstigen zu laben. Dieser Vergleich hinkt nicht; wenn die Zeitungen, denen man das Stillschweigen zumuthet — die demokratischen und die socialdemokratischen gehörten natürlich nicht dazu — stumm geblieben wären, so wären sie eben allein die Stummen gewesen. Denn jedermann sprach von dem „Dementiren". Das deutsch-amerikanische Gleichniß trifft aber noch aus einem anderen Grunde zu. Die amerikanische Sonntags-Wirthshaus-Temperenzlei beruht auf purer Heuchelei, denn wenn man „hinten" antritt, so bekommt man zu trinken. Und auf nichts als Heuchelei beruht die Verurtheilung der publizistischen Mittheilung und Besprechung der angeblichen Aussprüche. Alle die Tadler ohne Ausnahme haben sie auch gebracht und irgendwie commentirt, aber in der Form der Polemik gegen die ursprünglichen Colporteure. „Wollt Ihr zugleich den Kindern der Welt und den Frommen gefallen, Malet die Wollust nur, malet den Teufel dazu". Dieser, eben nur satirisch gemeinte Rath Schiller's ist nicht nach Jedermanns Geschmack.

Der Krieg in Südafrika.

Die Frauenlager und die Hilfe des Alldeutschen Verbandes.

Von der Geschäftsführung des Alldeutschen Verbandes erhalten wir folgende Mittheilung: In Nr. 39 der „Alldeutschen Blätter" haben wir einen Bericht veröffentlicht, der uns aus Johannesburg zugegangen war und in dem der Plan unseres Vertrauensmannes, in den Frauenlagern, soweit dieselben in Transvaal gelegen sind, eine systematische Hilfsthätigkeit zu organisiren, dargelegt wurde. Vorbehaltlich der Zustimmung des geschäftsführenden Ausschusses veranlaßte Herr Professor Hasse die sofortige Absendung von 10 000 ℳ aus der Boerensammlung des Alldeutschen Verbandes nach Johannesburg. In seiner Sitzung vom 26. October hatte sich nun der geschäftsführende Ausschuß des Alldeutschen Verbandes mit der Frage zu beschäftigen, in welcher Weise ferner durch die Mittel der Boerensammlung die Noth in den Frauenlagern zu lindern sei. Von verschiedenen Seiten wurde die Auffassung vertreten, daß durch seine Hilfsthätigkeit nur den Engländern Geld erspart und ihnen theilweise vor der Geschichte die Verantwortung für die brutale Grausamkeit abgenommen werde, mit der sie mit dem offenkundigen Zweck, die kommende Boerengeneration hinzumorden, die Frauen und Kinder in den Concentrationslagern behandeln; aus diesem Grunde sollte der Verband seine Hilfsthätigkeit in den Frauenlagern ganz einstellen. So sehr auch politische Gesichtspuncte für einen derartigen Entschluß sprechen mögen, so hat sich der geschäftsführende Ausschuß denselben schließlich doch nicht anzeigen können. Die Verpflichtung der Engländer, für den Unterhalt der wider jedes Völkerrecht gewaltsam zusammengetriebenen Frauen und Kinder ausreichend zu sorgen, ist ja sonnenklar; uns zwingt aber trotzdem die Pflicht der Humanität nicht minder wie die Aussicht auf die Zukunft des Boerenvolkes, keinen Versuch, Menschenleben zu retten, zu unterlassen. Der geschäftsführende Ausschuß hat daher beschlossen, vorläufig noch weitere 30 000 ℳ zur Hilfeleistung in den Frauenlagern zu verwenden. Da sich die Engländer unbedingt weigern, den Gefangenen Kleider zu liefern, und auch Betten eine dringende Nothwendigkeit sind, weil gerade das Liegen auf dem häufig vom Regen durchweichten Erdboden eine Hauptursache von Krankheiten und Epidemien ist, so soll diese Summe hauptsächlich zur Abstellung dieser Uebelstände Verwendung finden. Als neue teuflische Grausamkeit haben die Engländer das Verbot ersonnen, daß die Filiale der Bank von England in Johannesburg keine von irgend einem Hilfscomité in Europa stammenden Wechsel einlösen dürfe, damit dieses Geld nicht solchen Frauen zu Gute komme, deren Männer noch im Felde stehen. Da der Alldeutsche Verband sich bei seinen Geldsendungen anderer Wege bedient, dürfte er davon nicht berührt werden. Durch diese neuerliche Bewilligung ist der Betrag der dem Verbande zur Verfügung stehenden Gelder aus der Boerensammlung, deren Gesammtertrag schon die stattliche Summe von 349 910,73 ℳ erreicht hat, auf 89 235,03 ℳ zusammengeschmolzen; da sich ein Ende des Krieges gar nicht absehen läßt und noch sehr viel Noth und Elend auch nach dem Kriege zu lindern sein wird, so bittet der Verband seine Mitglieder und alle Freunde der Boerensache, in ihrer Sammelthätigkeit nicht erlahmen zu wollen; Spenden, die die oben dargelegte Verwendung finden sollen, werden durch die Expedition unseres Blattes entgegengenommen und dem Alldeutschen Verbande überwiesen werden, oder sind direct unter Kennzeichnung des Zwecks an den Alldeutschen Verband, z. H. des Herrn H. B. Fischer, Berlin W. 35, Lützowstraße 85 b, zu senden.

Wie die Engländer mit den Missionen umspringen.

Lp. **Berlin**, 1. November. Einen neuen Beleg dafür, daß das christliche England in Südafrika gegen christliche Missionare Eingeborene losläßt, also Heiden, liefern Briefe und sonstige Nachrichten, die Pfarrer Richter, der Herausgeber der „Evangelischen Missionen", empfangen hat. U. A. haben die Engländer gegen 2 Stationen der evangelisch-reformirten Mission in Südafrika, gegen Elim und Valdesia, die beiden Bassutostämme von Moletsche und von Mpefu aufgeboten. „Eines Sonntags im Mai", so wird darüber berichtet, „als die Schweizer Brüder in Elim aus der Kirche kamen, fand sich der leitende Missionar umzingelt von Bassuto, welche Waffen trugen. „Was wollt Ihr? Wen sucht Ihr?" fragte er sie. „Wir suchen Dich, um Dich gefangen zu nehmen." Zum Glück konnten die treuen Christen der Station jetzt noch dazwischen treten; allein als der Missionar in das Missionshospital kam, fand er auch dort den Missionsarzt in heftigem Wortwechsel mit den Bassuto. So half es nichts, die Missionsgeschwister mußten sich von den heidnischen Bassuto als Gefangene fortführen lassen. Dieses Aufgebot roher Heiden gegen die friedlichen Missionare ist etwas Unerhörtes, jeder Missionar und jeder Christ, der die schwarzen Heiden lieb hat, muß es aufs Tiefste bedauern. Der Oberst Greenfield wollte sich zwar, als er von den, noch dazu durchaus den Engländern freundlichen Schweizern deshalb zur Rede gestellt wurde, herausreden, die Bassuto seien nur gegen die Boeren aufgeboten; aber die Bassuto behaupteten entschieden, den Auftrag zu haben, das Land von jedem Weißen zu säubern." — Gegen die Berliner Station Tschakoma rückten die Horden des Erzheiden Mpefu heran. Bereits war ein Farmer in der Nähe der Station erbarmungslos von ihnen ermordet. „Nun sollten", schreibt Missionar Wehmann, „wir an die Reihe kommen. Man hatte dazu den nächsten Sonntag (9. Juni) ausersehen, wo man uns während des Gottesdienstes umzingeln und ermorden wollte. Jedoch ein Nachbarhäuptling sandte mir eine Botschaft, welche erkennen ließ, daß wir in großer Gefahr standen. Wir verstanden den Wink." Der Missionar schildert dann sein glückliches Entkommen. — Auch die Missionare von Blauberg und Mollische sind gefangen von ihren Stationen weggeführt und werden irgendwo in einem englischen Camp festgehalten.

Den Hermannsburger Missionaren im Zulu-Lande ist es bisher noch gelungen, den Zuluhäuptling Dinizulu, den Sohn des berüchtigten Cetschwayo, ruhig zu halten, wiewohl es an seinem Hofe an starker Kriegspartei nicht fehlt, welche den Aufstand predigt und Dinizulu mit sich fortzureißen sucht. Die Feinde bieten Alles auf, um die Missionare in Mißcredit zu bringen und zu verdächtigen; hoffentlich hält Dinizulu trotz aller Verleumdungen Stand.

Im Oranje-Freistaat hatten wir gehofft, daß mit der Rückkehr des Missionars Brune auf der Berliner Station Adamshoop wieder geordnete Zustände eintreten würden. Nun schreibt dieser Missionar: „Im Mai und Juni hatten englische Colonnen das Land rund um uns her ausgeräumt und Leute und Vieh fortgeführt. Fast alle Gemeindeglieder, die noch außerhalb Adamshoop und Portjesdam wohnten, sind in der Zeit fortgenommen, so daß unser Häuflein dasaß, wie eine Nachthütte im Kürbisgarten. Da brachs am 27. Juni auch über uns herein. Ein Theil der Leute wurde fortgeführt; der andere Theil wurde freigelassen unter der Bedingung, daß sie selbst fortzögen, den Anderen wurde angesagt, daß man sie holen würde, wenn sie nicht selbst gingen. Damit war es entschieden. . . ."

* **Haag**, 2. November. (Telegramm.) Fischer, Wolmarans und Wessels begaben sich heute mit van Boeschoten nach Hilversum, wo Dr. Leyds sich seit gestern Abend aufhält. Sie hatten heute mit dem Präsidenten Krüger in dessen Wohnung eine Besprechung.

Wie sehr die Engländer die gefangenen Boeren von der Außenwelt abschließen und wie sehr sie darauf bedacht sind, daß die Boeren keine Nachricht von außen empfangen, beweist Folgendes:

* Wie wir seinerzeit mittheilten, hatte das Collegium der Evangelisch-Lutherischen Mission zu Leipzig den Missionar Dachselt ermächtigt, nöthigenfalls Geldmittel bis zur Höhe von 1000 Rupien zu verwenden, um die Lage der in Tritschinopoli (Indien) gefangen gehaltenen Boeren zu erleichtern. Wie jetzt das „Evangelisch-lutherische Missionsblatt" meldet, ist Missionar Dachselt außer Stande gewesen, etwas zur Erleichterung des Loses der Gefangenen zu thun. Die Beaufsichtigung derselben wird so streng durchgeführt, daß es unmöglich ist, auch nur ein Wort mit ihnen zu reden. Aus den den Gefangenen zugänglichen indischen Zeitungen wird dasjenige herausgeschnitten, was für die Engländer ungünstig scheint, und die Correspondenz wird streng überwacht. Der Commandant des Lagers, Major Sharp, den Missionar Dachselt aufgesucht hat, um ihn zu fragen, in welcher Weise er zum Besten der gefangenen Boeren etwas thun könnte, hat ihn sehr unfreundlich behandelt und ihm erklärt, er könne ihn sofort arretiren lassen; wie er sich unterstehen könne, ohne Paß ins Lager zu kommen. Das Anerbieten einer Unterstützung für die Gefangenen hat der Commandant seiner vorgesetzten Behörde mitgetheilt und auf deren Gebeiß abgelehnt. Ergänzt wird diese Mittheilung durch eine Depesche, die uns aus Berlin zugeht:

C. H. **Berlin**, 2 November. (Privattelegramm.) Nach Mittheilung des kaiserlichen Consulats in Colombo ist von den Engländern die Erlaubniß für Beurlaubung deutscher Mannschaften an Land daselbst sehr eingeschränkt worden, wahrscheinlich wegen der Anwesenheit gefangener Boeren in Colombo.

Deutsches Reich.

⁂ **Berlin**, 2. November. (Der Export der Firma Krupp und die deutschen Interessen.) Professor R. Ehrenberg, der in der „Deutschen Rundschau" eine Reihe von Untersuchungen über die Entstehung und Bedeutung großer Vermögen veröffentlicht, beschäftigt sich im Novemberhefte der genannten Zeitschrift mit der Firma Krupp. Ehrenberg geht dabei auf die sehr wichtige Frage ein, ob der internationale Absatz der Krupp'schen Geschütze mit den deutschen Interessen vereinbar sei. Daß der Gedanke, Kriegswaffen deutschen Ursprungs könnten der Bekämpfung deutscher Truppen dienen, dem natürlichen Empfinden widerstrebt, hebt auch Ehrenberg hervor. Und den Wunsch, die in Deutschland hergestellten besten Geschütze möchten nur im deutschen Kriegsdienste verwandt werden, findet Ehrenberg ebenfalls begreiflich. Aber welche Maßregeln von tiefgreifender Bedeutung der Erfüllung dieses Wunsches vorhergehen müßten, darüber äußert sich Ehrenberg u. A. wie folgt: „Krupp's Geschützexport ist keine Neuerung. Die Herstellung von Kriegswaffen hat sich seit Alters zum großen Theile als Privatindustrie, und zwar auch als für den Export arbeitende Industrie entwickelt. Man hat Waffen fabricirt und exportirt, als wären es beliebige andere Waaren. Nur die Herstellung einzelner Kriegswerkzeuge, namentlich solcher, die vorzüglich lange Geheimniß bleiben sollen, hat der Staat sich selbst vorbehalten. Er könnte dies sehr wohl hinsichtlich aller Kriegswerkzeuge thun. Dann müßte er freilich auch jede Verbesserung der Kriegstechnik durch inländische Erfinder selbst erwerben. Und soweit er sie der Industrie schon zur Ausbeutung überlassen hätte, müßte er die ganzen daraufhin entstandenen Fabrikbetriebe verstaatlichen, d. h. die Fabrikanten entschädigen. Das würde natürlich die volkswirthschaftliche Entwickelung sehr hemmen. Bei Krupp wären in solchem Falle nicht 40 000 Geschütze hergestellt worden, sondern vielleicht nur einige Tausend für den inländischen Bedarf. Ein Unternehmen, das 100 000 Menschen ernährt, wäre nicht entstanden. Damit wären auch die meisten indirect durch Krupp veranlaßten Fortschritte der volkswirthschaftlichen Entwickelung ausgeblieben. Hätte die Qualität der Geschütze von einem Staatsbetriebe ebenso hoch gesteigert werden können, wie bei Krupp? Insofern ein so großer Betrieb nöthig war, um diese hohe Qualität zu erzielen, wäre die entsprechende Wirkung jedenfalls ausgeblieben. Im Uebrigen wäre es einem Staatsbetriebe vielleicht möglich gewesen, die Qualität sehr zu vervollkommnen, wenn er die außerordentlich großen Opfer für die Versuche gebracht, seine Constructeure und Arbeiter ebenso gut bezahlt, letztere ebenso gut geschult hätte, wie Krupp. Ob diese Bedingungen für einen Staatsbetrieb erfüllbar sind, ist mindestens zweifelhaft. Wollte der Staat vollends etwa die Krupp'schen Werke in ihrem jetzigen Umfange ganz oder theilweise verstaatlichen, so müßte er ungemein tief in seinen Säckel greifen. Man muß hier schließlich volkswirthschaftliche und finanzielle Interessen gegen militärische und politische abwägen. Bisher haben jene in letzter Linie noch den Ausschlag gegeben. Das kann sich sehr wohl einmal ändern. Doch wird man sich dann entschließen müssen, sehr große wirthschaftliche Opfer zu bringen."

ß. **Berlin**, 2. November. (Analphabeten-Statistik und Polenthum.) Die soeben amtlich veröffentlichte und schon kurz erwähnte Statistik der Analphabeten des preußischen Heeres- und Marine-Ersatzes in dem Ersatzjahre 1900 ist für den Polonismus und seine Gönner besonders lehrreich. Gerade in letzter Zeit ist von den Polen und ihren klerikalen Gönnern über „Schulhakatismus" auf das Lebhafteste gezetert worden. Die Thatsachen der Statistik aber beweisen, wie unbegründet jene Klagen, die in der Absicht einer Vermehrung des polnischen Unterrichts vorgebracht werden, in Wirklichkeit sind. Bei dem Ersatz für das Landheer gelangten nämlich aus Ostpreußen 22, aus Posen 45 und aus Schlesien 12 Mann zur Einstellung, die Schulbildung nur in der nichtdeutschen Muttersprache, d. h. also jedenfalls im Polnischen, besaßen. Bei dem Ersatz für die Marine fanden sich blos aus der Provinz Posen 4 Mann, die lediglich in der nichtdeutschen Muttersprache Schulbildung hatten. Dagegen besaßen Schulbildung im Deutschen bei dem Ersatz für das Landheer in Westpreußen 8512 Mann, in Posen 10 825, in Schlesien 18 125; bei dem Ersatz für die Marine besaßen Schulbildung im Deutschen in Westpreußen 452 Mann, in Posen 159, in Schlesien 305. Man ersieht hieraus, was auf die Behauptung zu geben ist, daß durch die Beschränkung des Unterrichts im Polnischen, wie sie ungefähr in den letzten 7 Jahren besteht, weder im Deutschen noch im Polnischen Erfolge erreicht würden, die auch nur bis zur Militärzeit Bestand haben könnten. Im Vergleich mit dem Ersatzjahre 1880/81 ist der Procentsatz der Analphabeten Preußens von 2,37 Procent auf 0,10 Procent gefallen. Um diese Zahlen in noch helleres Licht zu rücken, sei erwähnt, daß in dem gelobten Polenlande Galizien im Jahre 1890 auf je 10 000 Ueberseckszjährige 6487 männliche und 7160 weibliche Ganzanalphabeten, sowie 774 männliche und 1026 weibliche Halbanalphabeten gezählt worden sind! In Galizien aber ist von „Hakatismus" doch keine Rede. Das dortige Analphabetenthum hängt demnach wohl mit einer durch die polnische Verwaltung geförderten nationalen Eigenthümlichkeit einigermaßen zusammen.

* **Berlin**, 2. November. Die amtlichen Ermittelungen über die Arbeitslosigkeit, die in Preußen, Bayern, Hessen und Baden veranstaltet werden, geben dem „Arbeitsmarkt", der schon seit längerer Zeit für die periodische Auszählung der Arbeitslosen eingetreten war, Veranlassung zu Betrachtungen, in denen die Einziehung dieser Arbeitsmarktberichterstattung in die amtlichen Aufgaben der Staatsbehörden als dankenswerther Fortschritt bezeichnet wird. Stelle man sich gegenüber den amtlichen Erlassen auf einen streng wissenschaftlichen Standpunct, so müsse man allerdings verlangen, daß die Erhebungen in klarer Weise entweder als Enquoten oder als Zählungen veranstaltet werden. In ersterem Falle müsse man grundsätzlich die Vornahme der Enquete unter gleicher Betheiligung von Arbeitgebern und Arbeitern verlangen. Im letzteren Falle müßten, wenn das Ergebniß zuverlässig sein soll, sowohl Beschäftigte als Unbeschäftigte gezählt, d. h. es müßte, wenn auch nicht gerade eine Volkszählung, so doch eine sogenannte Personenstandsaufnahme veranstaltet werden. Der „Arbeitsmarkt" erklärt aber weit davon entfernt zu sein, in dem gegenwärtigen Stadium auf diese grundsätzlichen Forderungen das Hauptgewicht zu legen, zumal die Erlasse noch nicht im Wortlaut vorliegen. Mit Recht aber wird der Wunsch ausgesprochen, daß die Veröffentlichung der Ergebnisse möglichst rasch erfolgen möge, da die Erhebungen für das gesammte Erwerbsleben desto bedeutungsvoller sein werden, je schneller sie der Oeffentlichkeit zugänglich werden.

⊙ **Berlin**, 2. November. (Telegramm.) Zur gestrigen Abendtafel beim **Kaiserpaare** war Frau v. Trotha, Gemahlin des Hofmarschalls, geladen. — Heute Vormittag von 9 Uhr ab hörte der Kaiser die Vorträge des Staatssekretärs des Reichsmarineamts und des Chefs des Marinecabinets. Um 12¼ Uhr nahm der Kaiser die Rapporte der Leibregimenter und militärische Meldungen entgegen.

* **Thorn**, 1. November. Wegen Beleidigung der Postbeamtenschaft durch die Presse ist kürzlich der frühere verantwortliche Redacteur der in Thorn erscheinenden polnischen Zeitung „Gazeta Torunska" zu zwei Wochen Gefängniß und in die Kosten verurtheilt worden. In dieser Zeitung war in einem Artikel darüber hergezogen worden, daß postseitig die polnische Bezeichnung „Torun" für die Stadt Thorn nicht verstanden werde. Es wurde die Behauptung aufgestellt, dies geschehe nicht in böser Absicht, sondern nur in Folge Unwissenheit und Stumpfsinnes; es sei bekannt, daß zur Post überwiegend solche Leute gingen, die sich wegen Mangels an Fähigkeiten anderen Berufen nicht widmen könnten, man müsse deshalb an die Gründung einer Fortbildungsschule für sie denken. Der Staatssekretär des Reichspostamtes stellte wegen der den ganzen Postbeamtenstand betreffenden Beleidigung als dessen höchster Vorgesetzter Strafantrag. Die I. Strafkammer des Landgerichts in Thorn hielt die Absicht der Beleidigung für unverkennbar und verurtheilte den Angeklagten zu der vorerwähnten Strafe, weil der Zeitungsartikel so schwere Beleidigungen einer angesehenen Beamtenclasse enthalte, deren Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit im Publicum stets warme und ungetheilte Anerkennung gefunden, daß es geboten erschien, auf eine Freiheitsstrafe zu erkennen.

⊙ **Posen**, 2. November. (Telegramm.) Der Polizeipräsident v. Hellmann ist ermächtigt, dem „Posener Tageblatt" zu erklären, daß die Meldung, der Cafetier Hatjek habe einen Ausweisungsbefehl erhalten und am 31. October die Stadt Posen verlassen müssen, thatsächlich unrichtig ist und jeder Begründung entbehrt.

w. **Weimar**, 1. November. Die Vorlagen, welche den am 25. dieses Monats wieder zusammentretenden Landtag beschäftigen werden, sind noch nicht bekannt. Bei Schluß der letzten Tagung erklärte Staatsminister Dr. Rothe, daß noch einige dringliche Vorlagen vorhanden seien, die unter Umständen noch vor Schluß des Jahres erledigt werden müßten. Von der letzten Tagung liegen noch einige unerledigte Vorlagen vor, vor Allem eine solche über Schaffung eines Forstreservefonds. Diese Vorlage ist kürzlich in der Presse ungünstig beurtheilt worden. Es wurde gesagt, die Erfahrungen mit der Leipziger Bank rathen nicht dazu an, das in den Forsten ruhende Capital zu verflüssigen. Die beiden Forstleute im Landtage indeß, Obere